



Die Professionalisierung luftbeweglicher Operationen

Beim Übungsbetrieb mit
Reservisten in Celle

3

Professionalisierung luftbeweglicher Operationen

9

Strategisches Krisenmanagement in der Pandemie

14

Zur Dringlichkeit eines Nationalen Sicherheitsrats für Deutschland

18

UniBw stellt Weihnachtsstudie vor

20

Veranstungsbericht DBwV-Tagung Luftwaffe

24

Baubeginn für NH90-Ausbildungszentrum



STARKE PARTNERSCHAFT UNERREICHTE EINSATZVIELFALT

Um den vielfältigen Anforderungen der Luftwaffe gerecht zu werden, sind Boeing und der H-47 Chinook die richtige Wahl für Deutschland. Der Chinook ist ein hochmoderner Schwerer Transporthubschrauber mit neuester Technologie, der schon heute einsatzbereit ist.

Boeings wachsende deutsche Präsenz und langfristige Partnerschaften mit lokalen Unternehmen sichern den effizienten Betrieb der H-47 Chinook-Flotte aus Deutschland heraus. Mit dem leistungsfähigen H-47 steht die Zukunft des Schwerlasttransports für Deutschland bereit.



 The Boeing Company

 @BoeingDACH

boeing.de/chinook

Professionalisierung luftbeweglicher Operationen

Fallschirmjäger kämpfen vorne!

Von Diplom-Kfm. Volker Schubert, **NV** Hauptstadt-Korrespondent

Seit rund vier Jahren ist die Alma Mater zur Professionalisierung luftbeweglicher Operationen in der traditionsreichen Garnisonsstadt Celle beheimatet – eine militärische Trainingsstätte, an die zugleich ein leistungsfähiger Heeresflugplatz gekoppelt ist. Beste Übungsvoraussetzungen also, um komplexe Manövervorhaben mit einer potenten Anzahl an Militärluftfahrzeugen aller Art durchführen zu können. Die im NATO-Sprech als „Field Exercises“ bezeichneten Operationsvorhaben bilden regelmäßig den finalen Trainingshöhepunkt der am Ausbildungs-/Übungszentrum Luftbeweglichkeit praktizierten Übungsdurchgänge. Trotz der namentlich eher sperrig klingenden militärischen Hausanschrift im Celler Ortsteil Wietzenbruch, ist die konzeptionelle Ausrichtung der dortigen Trainingsakademie von innovativem Geist geprägt.

Als modernes Aushängeschild und Filiale des Leipziger Ausbildungskommandos, das von seiner militärpädagogischen wie langfristigen Ausrichtung her insgesamt für ein multinationales NATO-Publikum konzipiert ist, nimmt derzeit jedoch die deutsche Division Schnelle Kräfte (DSK) den Rang des nationalen Hauptkunden ein. Zu dem Großverband gehört auch die 11. Kompanie des Fallschirmjägerregiments 31 aus dem niedersächsischen Seedorf. Ein sogenannter Ergänzungstruppenteil, der sich personell komplett aus Reservisten zusammensetzt, nahm nun schon zum zweiten Mal an einem Hardcore-Training der Celleschen Expertenschmiede teil. Das spannende Thema dabei: Luftbewegliche Zugriffsoption in einem fiktiven Szenario zur Bündnis- und Landesverteidigung.

Dass die aktuelle Weltsicherheitslage bis tief ins 21. Jahrhundert von volatilen wie von hybriden Gefahrenherden gekennzeichnet sein wird, ist sowohl innerhalb involvierter NATO-Militärs, als auch in freiheitlich-westlichen Geheimdienstkreisen und unter spezialpolizeilichen Sicherheitsexperten der Europäischen Union seit langem eine Binsenweisheit. Neben den „klassisch-symmetrischen“ Kriegsbildern zwischen souveränen Staaten, sind nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zusehends bewaffnete Unruhen in sogenannten Zerfallsstaaten oder neue, transnationale Gewaltphänomene, wie die des Islamischen Schreckenskalifats, in die globale Sicherheitslandkarte diffundiert. Auch global agierende Terror- und Verbrecherorganisationen tragen teils massiv zu sicherheitspolitischen Disruptionen mit sozialen Spannungsherden bei, die sich oftmals in Gewaltexzessen entladen.

Der NH90 ist eines der Fahrzeugmuster, die regelmäßig im Übungsbetrieb in Celle zum Einsatz kommen.



Landes- und Bündnisverteidigung heißt 360 Grad-NATO-Doktrin

Die gewaltauslösenden Momente spiegeln ihre Ursprungsinitialisierung nahezu regelmäßig in ethnischen wie religiösen Streitigkeiten, historisch unbewältigten Grenzkonflikten, weltweiten Klimaverschiebungen oder angesichts regionaler Rohstoff-Begehrlichkeiten auch in ökonomischen Macht- und Besitzansprüchen wider. Mit Blick auf die seit 2014 durch die Krimannexion zementierte Machtpolitik Russlands, spielt die kritische Analyse Moskauer Hegemonialgelüste weiterhin eine zentrale Rolle bei der außen- und sicherheitspolitischen Risikobewertung. Auch wenn ein konventioneller Konflikt zwischen russischen Streitkräften und Truppen der transatlantischen Allianz höchst unwahrscheinlich erscheint, gilt seit den NATO-Gipfeln von Wales, Warschau und Brüssel die formelhafte Schutzdoktrin „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“ – und zwar im Gewand einer militärisch adäquat anzupassenden Bedrohungsantizipation.

Ein verteidigungspolitisch nachhaltig ausformuliertes Begriffsgefäß also, mit dem die Allianz ihren militärischen Anspruch und Willen untermauert, entlang einer global gefahrenabwehrenden 360 Grad-Ausrichtung neue personelle wie materielle NATO-Fähigkeiten glaubhaft implementieren zu wollen. Dass dieser voranzutreibende Aufwuchsprozess keine leere NATO-Worthülse darstellt, signalisiert der 2014 aufgestellte Readiness Action Plan auf der Makroebene. Insgesamt ein Maßnahmenkonvolut, das sich derzeit weiterhin unter den Schlagworten „verstärkte Vorverteidigung im Baltikum und Polen“ (Enhanced Forward Presence), kollektive Rückversicherungsversprechen der NATO-Partner, alliierte Abschreckungsmaßnahmen durch Massierung komplexer NATO-Manöver und der Aufstellung der sogenannten NATO-Speerspitze manifestiert.

Hardcore-Training im scharfen NATO-Kriegsbild

Was sich aktuell wie geplant bis in die 2030er Jahre an verteidigungspolitischen Anstrengungen im NATO-militärischen Großmaßstab abspielt, tangiert allerdings auch die Mikroebene. Ganz konkret mit Blick auf den erwähnten DSK-Ergänzungstruppenteil, die 11. Kompanie des Fallschirmjägerregiments 31, die in puncto Einsatzfreudigkeit und Übungswillen durchaus als hochmotiviert einzustufen ist. Für 42 Fallschirmjägerkameraden, einem verstärkten Fallschirmjägerzug, so die Kompanieführung des Truppenteils der Reserve, führte der Weg nach Celle dann auch recht verzugslos in ein Szenario, das dem gültigen NATO-Kriegsbild entsprach – insgesamt der zweite Trainingsdurchgang der Reservisten, für den nur eine, wenn auch hochverdichtete Trainingswoche zur Verfügung stand. Ohne großen Zeitverzug warf die Rahmenlage die übende Fallschirmjägertruppe sogleich in das militärhandwerkliche Geschäft eines luftgestützten Einsatzes.



Die Reservisten der 11./31 werden im Einsatzgebiet abgesetzt.

Paukenschlag aus der Luft: Luftgestützter Handstreich ...

Der durchzuführende Auftrag war dabei absolut fordernd: Durch den minutiös geplanten Einsatz von Kampf- und Transporthubschraubern einen präzisen Zugriff gegen Feindkräfte im eigenen Hinterland vorzunehmen. Wenig verwunderlich – denn das, was die NATO in Ihrem neuartig dokumentierten Bedrohungsmix als hybride Gefahrenlagen einstuft, sind auch die bei einem eher konventionellen Konfliktverlauf dennoch unabdingbar hinzuzudenkenden Bedrohungsfaktoren, wie Subversion und Infiltration, Desinformation und Sabotage, angereichert durch die zerstörerischen Elemente der Zersetzung und der Demoralisierung. Schließlich ist bei einem kriegerischen Gewaltkonflikt mit Sicherheit davon auszugehen, dass sich auch ein tendenziell symmetrisch operierender Feindesstaat des gesamten Repertoires der verdeckten Kampfführung bedient, um seine darauf spezialisierten Kombattanten räumlich vor allem dort einzusetzen, wo die eigene infrastrukturelle wie soziale Vulnerabilität am größten ist. Dass also auf Jagdkampf und Sabotageakte spezialisierte Feindkräfte in teils nur schwer zu kontrollierenden Gebieten mit dem Ziel eigene Hochwertziele zu zerstören operieren, das liegt im Sinne einer feindseitig siegreichen Kriegsstrategie der schmerzhaften Nadelstiche naturgemäß auf der Hand.

Zur Field Exercise der „11./31“: Die erste Sekunde der taktischen Zeit tickt – Operationsbeginn! Sprühregen dominiert die spätherbstlich-trübe Wetterlage inmitten der verschlafenen Lüneburger Heide, als eine Tiger-Kampfhubschrauberrotte ihre zerstörerische Ladung aus ihren Stummelflügeln freigibt und zielgerichtet durch den „Orbit“ jagt. Binnen weniger Sekunden schlagen etliche sogenannte un gelenkte Luftboden-Raketen in das eindeutig identifizierte Zielobjekt ein, das insgesamt aus vier langgestreckten, in ein abgelegenes Waldareal eingebettete Lagerhallen besteht.

Ein Vernichtungswerk, das darüber hinaus eine optimal sichtbare Zielmarkierung Richtung jener Landezone bietet, die nun vier taktische NH90-Transporthubschrauber anfliegen. Handstreichartig und mit großem Überraschungseffekt entfaltet sich binnen gut einer Minute das, was die Einsatzplaner der 11./31 zuvor als Zugriffsoption konzipiert hatten. Tapedrill und Rehearsal, dem Proben vom räumlichen Eindringen ins aufgeklärte Objekt und dem phasenhaften Einstudieren der Gesamtoperation anhand einer verkleinerten Modeldarstellung auf der eigenen Operationsbasis inklusive. Dass die drei Lagerschuppen nun lichterloh brennen und gleich der Zugriff auf die verbliebene Logistikbasis des Feindes erfolgen kann, ist den im Vorfeld erfolgten bildgebenden Drohnenüberflügen sowie der signalerfassenden Aufklärung geschuldet.

In der Nähe der Gebäude wird mit MG eine Sicherung ausgelegt.

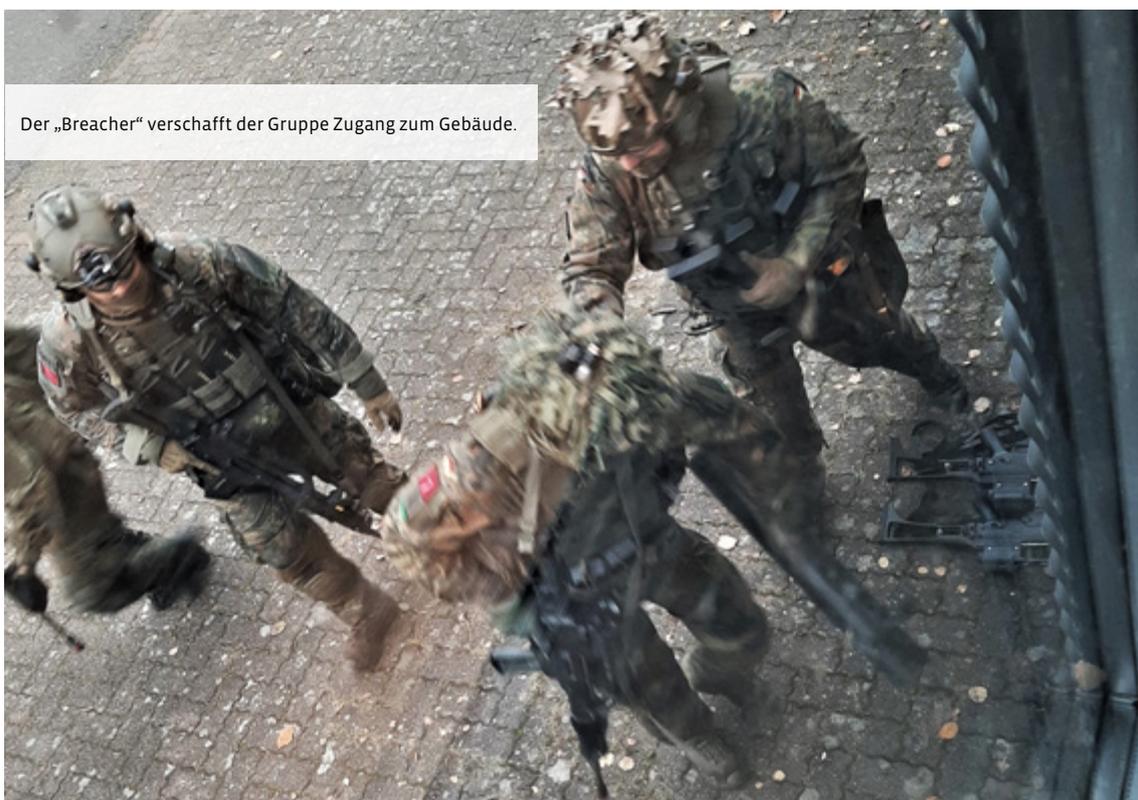


...mündet in präzisen Zugriff

Zum Start der Infiltrationsphase: Knapp unterhalb der Wolkenuntergrenze fliegend, nähert sich der Drehflügler-Schwarm nun wenige Fuß über den Mischwaldbaumsitzen kreisend dem einzunehmenden Feindobjekt. Unter lückenloser Überwachung mittels der weitreichenden Mastvisiere der Tiger-Kampfhubschrauberrotte, jederzeit bereit, erneut einen vernichtenden Feuerzirkus zu eröffnen, setzen die vier NH90 nun zügig zur Anlandung auf einer vorgeplanten Rasenfläche an. Kaum haben die Maschinen entlang der Helicopter landing site standfesten Bodenkontakt, drängt schon ihre menschliche Fracht hinaus. Noch während die vier Fallschirmjägergruppen neben ihren zugewiesenen NH90-Maschinen die Rundumsicherung auslegen, heben die Transporter der Über-10-Tonnen-Klasse unter gewaltigen Downwash ab und verlassen die Operationszone, die nun zum hochgradig gefahrgeneigten Arbeitsplatz des verstärkten Fallschirmjägerzugs mutiert. Ab sofort ist aggressives wie beherrztes Vorgehen von Nöten, damit sich der Feind nach dem überraschenden Hubschrauber-Luftschlag ja nicht erst neu formieren kann.

Während mit Maschinengewehren bewaffnete Fallschirmjägertrupps Stellungen zur Außenabsicherung beziehen, nähern sich die zuvor eingeteilten Zugriffstrupps zügigen Schrittes dem Zielobjekt. Rasch ist die günstigste Eindringstelle identifiziert. Verzugslos entrollt sich ein systematisches Vorgehen, das unter stetiger gegenseitiger Rundumsicherung erfolgt. Einem kleinen, gut eingespielten Orchester vergleichbar, bei dem der Kapellmeister allerdings ein ehemaliger Kommandofeldwebel der Calwer Elitetruppe ist. Kurze, präzise und lautstarke Kommandos folgen. Dann starten die Zugriffstrupps mit dem Vorgehen ins Gebäudeinnere, ein Vier-Mann-Team beginnt mit dem Zugangsverfahren.

Für die Drei, den dritten Mann im Trupp, schlägt die Sekunde des Aufbrechens. Je nach Größe wiegt das Aufbruchswerkzeug zwischen fünf und zehn Kilogramm und auch Brechstangen stecken im Bedarfsfall in einem speziell dafür ausgelegten Umhängeköcher. Mit dynamischem Körpereinsatz schnell die zylindrisch geformte Ramme gegen die Türmanschette, schon nach der ersten Attacke springt die Tür mit Schwung nach innen auf. Die für diesen Job trainierten „Breacher“ verfügen im Einsatzfall auch über großkalibrige Repetierschrotflinten. Bei den vielfältigen Öffnungsverfahren können – je nach Objektbeschaffenheit – ebenso pyrotechnische wie neuerdings auch Ausbruchsverfahren, die auf mechanisch-hydraulischen Wirkprinzipien beruhen, zur Anwendung kommen.



Der „Breacher“ verschafft der Gruppe Zugang zum Gebäude.

Innerhalb des Gebäudes kann die räumliche Aufteilung dem jeweiligen Übungsszenario angepasst werden.



Die Exfiltration von eigenen Kräften und gefangenen gegnerischen Kräften geht ebenso schnell vonstatten wie das Eindringen in das feindliche Areal.



Kaum ist der Haupteingang genommen, dringt der Trupp weiter ins Gebäudeinnere ein. Plötzlich fliegen Irritationskörper durch die lichtarmen bzw. dunklen Kulissen der Lagerstätte, die in Wirklichkeit ein speziell für Übungszwecke ausgelegtes Schießhaus ist. Durch flexible Wände lässt sich die Raumsituation immer wieder neuen, gegebenenfalls einsatzrealen Grundrissen anpassen. Die auch als „Flash-Bang“ bezeichneten Granaten erzeugen grellbeißende Mehrfachlichtblitze, gepaart mit Schallspitzen um die 180 Dezibel, die unmittelbar auf das zentrale Nervensystem wirken und minutenlang zur Desorientierung und Kampfunfähigkeit bei gesuchten Zielpersonen, gewaltbereiten Störern oder regulär wie irregulär operierenden Feindkräften führen.

Erlischt die Flash-Bang-Wirkung, geht der Vierer-Trupp mit engwinkliger Sturmgewehrhaltung weiter vor. Dabei durchfluten die Lichtkegel der an die Zieleinrichtung der Sturmgewehre angebauten Laserlichtmodule sämtliche Türen, Flure und Nebenräume. Ebenso penibel tasten die punktgenau ausleuchtenden Weißlicht-Lampen schließlich auch Wände und Scheuerleisten nach versteckten Unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV), getarnten Fluchttüren oder optisch erkennbaren Hohlraumverstecken ab. „Raum frei“, meldet ein Zugriffstruppführer lautstark ins Team. Sind keine USBV detektierbar, geht es weiter durch die räumliche Enge. Dann kommt es zum kurzen, aber heftigen Feuerkampf, denn einige der Feindsoldaten leisten plötzlich Widerstand. Im Kugelhagel schnellen Einzelfeuers ist der Feind jedoch rasch unschädlich gemacht.

Achtung, ich vernichte Waffen!

Neben komplett neutralisierten Feindkräften führt der Zugriff auch zu Verwundeten, die nun laut völkerrechtlichem Status als Kriegsgefangene gelten – Kombattanten, die von der eigenen Truppe schließlich notfallsanitätsdienstlich zu versorgen sind, später aber auch zu Verhörzwecken mitgeführt werden. Am Ende ist die feindliche Führungseinrichtung und Logistikzentrale unter voller eigener Kontrolle. Jetzt koordiniert der als Zugführer eingesetzte Ex-Kommandofeldwebel sämtliche Maßnahmen zur Dokumentation und Beweissicherung. Dazu werden insbesondere Hard- und Softwarekomponenten sowie Schrift- und Kartenmaterial sichergestellt und ähnlich der kriminalpolizeilichen Tatortarbeit, beweisicherndes, möglicherweise später auch kriegsvölkerrechtlich relevantes Fotomaterial angefertigt. „Achtung, ich vernichte Waffen“, tönt es nahe der zuvor aufgebrochenen Tür des Feindkomplexes, als ein Zugrittsmitglied sich gerade ans Werk macht, Beutewaffen

mit gezielten Schüssen in die Verschlussbaugruppen zu zerstören – gewissermaßen auch als erstes Signal für die im Anschluss einzuläutende Phase der Exfiltration.

Via Funkspruch mit qualifiziertem Situationsupdate aus der Operationszone werden die während der Zugriffsoption in einer sicheren Holding-Area kreisenden vier NH90 zum primär vorgesehenen Aufnahmepunkt gerufen. Nach einer letzten Funkidentifizierung und dem aktuellen Lageupdate kurz vor dem Landeanflug geht alles blitzschnell. Einladen des Beweismaterials, Aufsitzen des kompletten Fallschirmjägerzuges nebst einem verwundeten Feindsoldaten in die Maschine, Sekunden später das Ausfliegen aus einem kurz vorher noch als feindlicher Hotspot geltenden Manövergeschehen. Den Abschluss bildet das Debriefing durch die Leitungsebene des Ausbildungs-/Übungszentrums Luftbeweglichkeit – mit durchweg positivem Resümee. Das Übungsdurchgangsende für die 11./31.

Cellesches Konzept vereint militärpolitische Makrosicht mit operationell-taktischer Mikroebene

Das Cellesche Konzept wirkt, lautet dann auch das reservistenseitige Feedback. Schließlich liegt dem methodisch-didaktischen Ansatz eine konsequente Output-Orientierung zugrunde. Diese fußt auch auf dem Wissen um knappe fliegerische Ressourcen, Retrofitbedingt starke Schwankungen beim Klarstand von Drehflüglern und der Tatsache, dass Realflugstunden mit Starr- und Drehflüglern finanziell gleichermaßen belastend ins militärische Haushaltskontor schlagen. Auch aus diesem Grund dürfte das Cellesche Konzept mit der schlüssigen Kombination aus operationellen und taktischen Theorieunterweisungen, führungsstabseitigen Gefechtsstandübungen, praxisnahen Handlungstrainern und virtueller Simulation sprichwörtlich alternativlos sein. Denn eine Trainingsakademie, die mit Celle-Wietzenbruch vergleichbar wäre, gibt es auch unter Anlegung eines weltweiten Maßstabs nicht.

Das Debriefing markiert das Ende der erfolgreichen Übung für die Reservisten der 11./31.



Und so erfreut sich das Ausbildungszentrum im Jahr vier seines Bestehens einer weiterhin steil nach oben zeigenden Nachfragekurve, die nun auch durch eine engagierte Fallschirmjägerkompanie der Reserve induziert ist. Ein Umstand, der auch dem zukunftsgerichteten Framing für die immer wieder neu zu initiiierenden Trainingswaffengänge unter den besonderen Aspekten der Luftbeweglichkeit geschuldet ist.

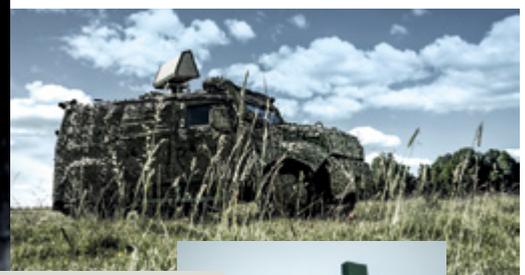
Was hier in der Leipziger Ausbildungsfiliale stattfindet, ist im Kern die Transformation der militärpolitischen Makrosicht bis in die Kapillare der operationell-taktischen Mikroebene eines verstärkten Fallschirmjägerzuges hinein. Auch mit Blick auf die periphere Manöverinfrastruktur – die Cellesche Ausbildungs- und Übungsdrehscheibe bietet geradezu idealtypische Voraussetzungen, wenn man an die zentrale geografische Lage inmitten des Herzens Kontinentaleuropas denkt.

Lesen Sie Teil 2 dieser Reportage über das Ausbildungs-/Übungszentrum Luftbeweglichkeit inklusive eines Exklusiv-Interviews mit der Leitungsebene der VDN-Teams in Celle im nächsten NV 01-2021.

Fotos: Volker Schubert

Anzeige

Technologie in Partnerschaft



Damit stellen wir sicher - in Kooperation mit der Deutschen Industrie - dass die Bundeswehr zeitnah und effizient auf die neuesten Technologien und Fähigkeiten zugreifen kann, um Risiken in Bezug auf Leistung und Lieferung zu minimieren.

Erfahren Sie mehr unter saab.com

Corona und kein Ende?

Eine Lageeinschätzung und eine Lösungsskizze zum Umgang mit der Pandemie von Wolf-Rüdiger Moritz

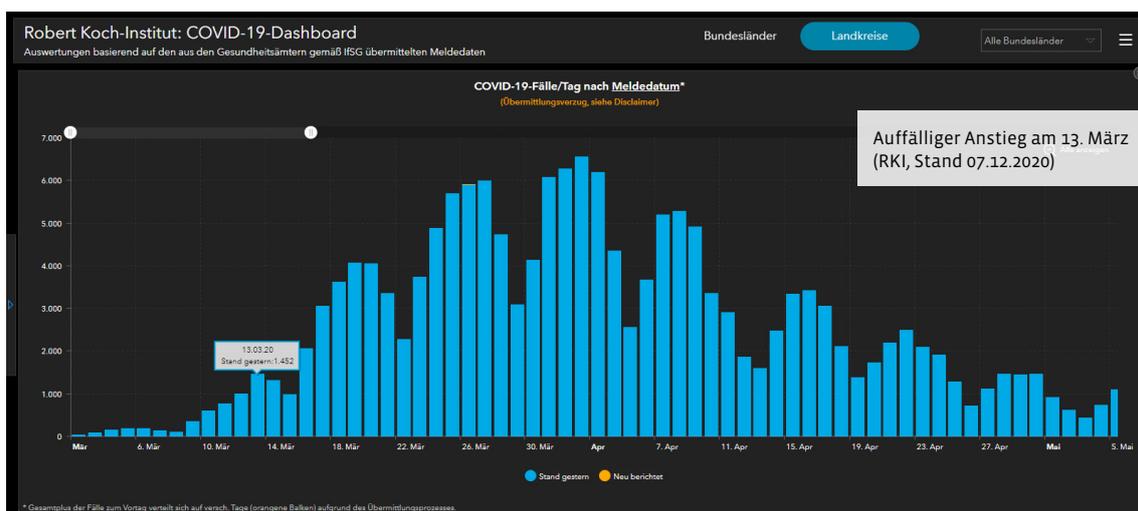
Am 27. Januar wurde der erste Fall des neuen Corona-Virus in Deutschland nachgewiesen. Aber erst am 22. März einigen sich Bund und Länder auf strenge Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen. Es vergehen Monate vom Bekanntwerden der ersten Infektion bis zu einer geschlossenen Reaktion auf Bundesebene in Deutschland. Hätte man früher handeln können?

Eine Analyse der Situation offenbart drei grundlegende Problembereiche:

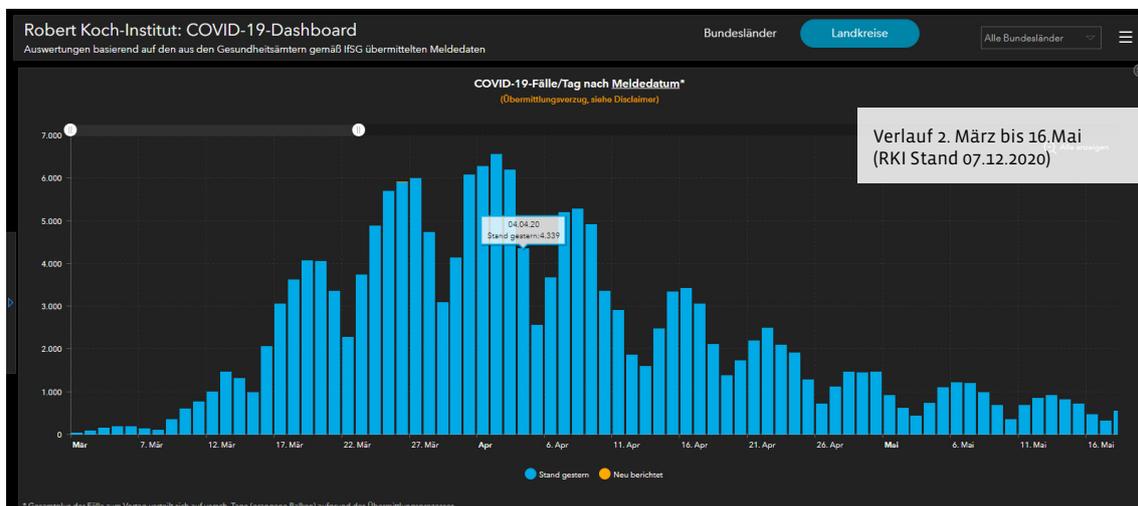
1. Die Entscheidungswege sind zu lang
2. Es fehlt eine strategische Planung
3. Die Medien verbreiten irritierende Informationen

Die Entwicklung

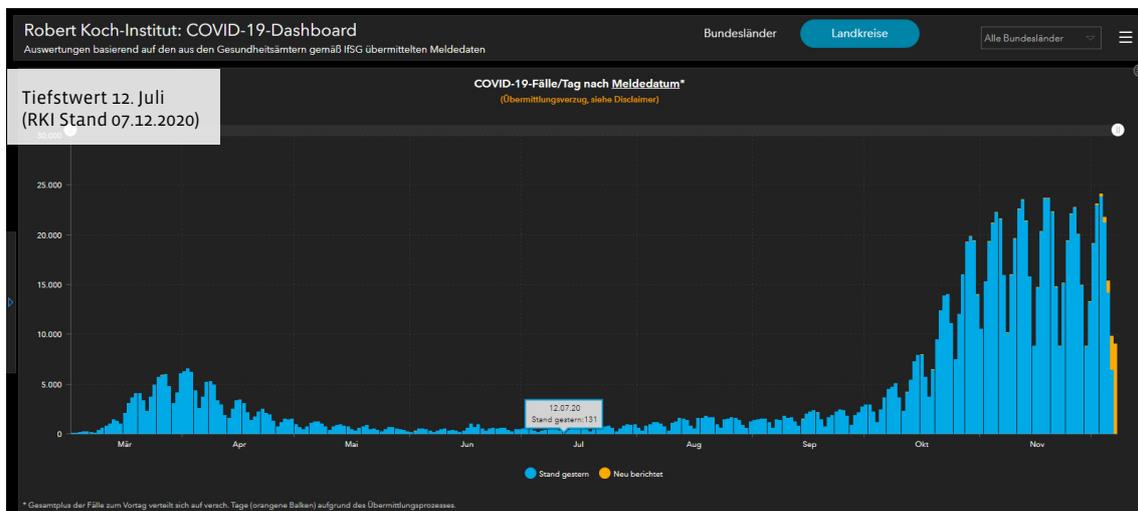
In Italien wurden bereits im Februar Städte im Norden abgeriegelt. Am 6. März erklärt das Robert Koch Institut (RKI) Südtirol zum Risikogebiet. Am 13. März war in Deutschland ein rapider Anstieg der Neuinfektionen pro Tag feststellbar (s. Abb.1). Die Infektionen stiegen laut RKI um 1.452, auf 3062 Fälle.



Am 22. März einigten sich Bund und Länder auf strenge Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen. Da lag die Zahl der gemeldeten Infektionen laut RKI bei 18.610 COVID-19-Fällen. Die Maßnahmen entfalten ca. 14 Tage später ihre Wirkung. Ab dem 4. April gehen die täglichen Neuinfektionszahlen zurück.



Am 12. Juli erreicht der Wert mit 131 Neuinfektionen pro Tag in Deutschland seinen tiefsten Wert (s. Abb.). Damit ist die Pandemie unter Kontrolle. Konsequentes Nachverfolgen von aktuellen Ansteckungsketten ist möglich.



Dennoch kommt es im Oktober zur zweiten Welle. Das Muster ist das gleiche wie im März, als sich die Anzahl der Infizierten in den neun Tagen von dem auffälligen Anstieg am 13. März bis zur Verständigung von Bund und Ländern am 22. März versechsfacht hatte.

Für die zweite Welle gibt es erste Anzeichen schon im August. In der Woche vom 4. Oktober auf den 10. Oktober steigen die Neuinfektionen pro Tag exponentiell auf 5.056 Fälle an, aber erst am 28. Oktober verständigen sich Bund und Länder auf gemeinsame Maßnahmen – da betrug der Tageswert bereits 19.267 Fälle.

War diese Entwicklung erkennbar?

Das Infektionsgeschehen wird im Wesentlichen durch getroffene Schutzmaßnahmen und das Verhalten der Menschen beeinflusst. Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen und Maskentragen können von einem Tag auf den anderen in Kraft gesetzt werden, doch wirksam werden sie erst, wenn die Menschen diese annehmen. Verhaltensweisen von Menschen ändern sich erfahrungsgemäß nicht abrupt, sondern zeigen ein gewisses Beharrungsvermögen. Einmal vorhandene Infektionswege bleiben auch nach Verboten und Gegenmaßnahmen noch eine gewisse Zeit erhalten und verschwinden nicht zu 100%.

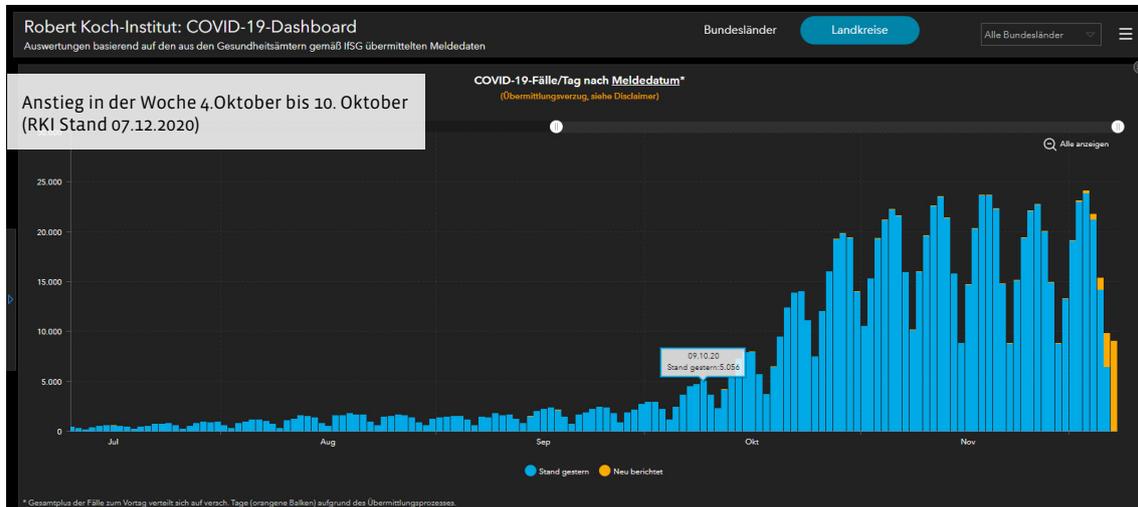
Dieses Verhalten, überlagert mit dem Meldeverhalten der Gesundheitsämter, führt zu einer berechenbaren Regelmäßigkeit. Der Verlauf der Pandemie kann als periodische Schwingung mit einer Periodizität von 7 Tagen betrachtet werden. Es gibt eine Korrelation zwischen 7 Tage auseinanderliegenden Tageswerten. Für jeden Tag auf der Kurve kann berechnen werden, ob der korrespondierende Tageswert 7 Tage später größer oder kleiner erwartet wird. Weicht der tatsächliche Wert an diesem Tag dann von der Prognose ab, muss die Entwicklung beobachtet und ggf. gesteuert werden.

Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, die Schwingung in Segmente von Sonntag als Startwert bis Samstag als Endwert zu unterteilen (s. Abb. 4). Die Summe aller Tageswerte von Sonntag bis Samstag ergibt die 7-Tage-Fallzahl (s. Dashboard RKI). Der Vergleich mit der 7-Tage-Fallzahl der Vorwoche ist der Gradmesser für den aktuellen Trend.

In der Kombination mit den Tagewerten und der 7-Tage-Fallzahl lässt diese Methode eine tagesfeine Verlaufskontrolle zu.

Die ersten Anzeichen für eine zweite Welle waren mit dieser Methode bereits am 2. August erkennbar.

Spätestens in der Woche vom 4. Oktober (Sonntag) auf den 10. Oktober (Samstag) war aufgrund der Zahlen offensichtlich, dass die Entwicklung in die exponentielle Phase eingetreten ist. Am 04. Oktober lag der Tageswert bei 1.152 Fällen. Der Höchstwert der Woche betrug am 9. Oktober 5.056 Fälle (s. Abb.). Erst am 28. Oktober verständigen sich Bund und Länder dann auf gemeinsame Maßnahmen.



Das Virus kennt keine Grenzen, darum: Ansätze neu denken!

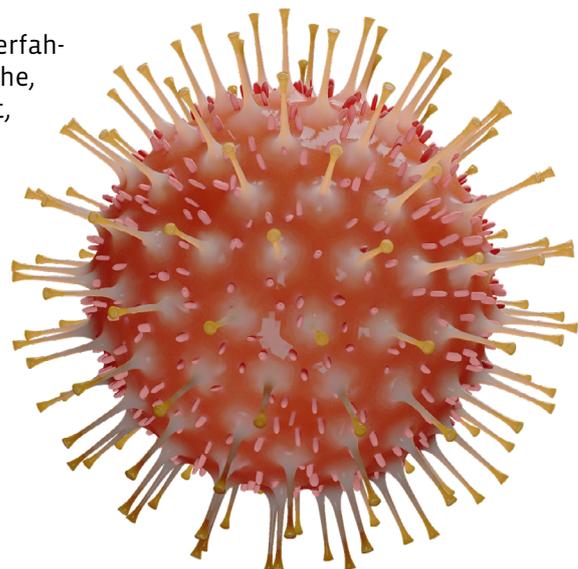
Die späte Reaktion im Oktober zeigt wie im März das Dilemma in den Strukturen. Bei 16 Bundesländern gibt es naturgemäß unterschiedliche Partikularinteressen, die ausdiskutiert und ausgehandelt werden müssen. Es fehlt der Blick auf die Pandemie als das, was sie ist: ein Angriff von außen auf Deutschland. Eine Pandemie dieses Ausmaßes ist eine nationale Bedrohung und kein lokales Länderproblem.

Deutschland braucht für die Zukunft neue Ansätze zur Beherrschung unvorhergesehener Herausforderungen. Die Reaktion darauf muss mit einem holistischen Konzept zentral im Gesamtinteresse des Staates schnell und gezielt erfolgen und darf nicht in endlosen Diskussionsrunden parteipolitischen oder persönlichen Interessen untergeordnet werden.

Der Zeitfaktor spielt die entscheidende Rolle. Für schnelle Entscheidungen wird ein unabhängiger zentraler Krisenstab benötigt, der losgelöst von politischen, ideologischen und Individualinteressen die Sicherheitslage analysiert und bei erkannten Bedrohungen Vorschläge erarbeitet, die dann auf Bundesebene erlassen werden.

Der Krisenstab muss aus einem unabhängigen krisenerfahrenen Kernteam bestehen, das alle relevanten Bereiche, z.B. Ökonomie, Soziales, Ökologie, Ethik, Wissenschaft, Rechtsfragen und nationale Sicherheit abdeckt. Wird ein Krisenfall festgestellt, schlägt dieses Gremium einen Handlungsrahmen vor, der wo erforderlich, verbindliche Leitplanken vorschreibt und wo möglich, den Bundesländern die nötige Flexibilität bietet, lokal adaptiv zu handeln.

Dieser Handlungsspielraum muss bei von außen einwirkenden nationalen Bedrohungen vom Parlament temporär gewährt werden, damit das Vorgehen demokratisch legitimiert ist.



Pandemiemanagement braucht eine Strategie

Bisher werden Maßnahmen scheinbarweise angekündigt, ändern sich ständig und sind in den Bundesländern unterschiedlich. Dieses Konzept wird auf Dauer nicht funktionieren. Die getroffenen Maßnahmen müssen einer Strategie folgen, die sich an bestimmten Fragen orientiert:

- Was ist das Ziel – ein Leben mit Corona, z.B. einem Inzidenzwert unter 50, oder Corona-frei zu werden?
- Wie soll das Ziel erreicht werden?
- Wieviel Zeit ist dafür unter wirtschaftlich, finanziellen und sozialen Aspekten vorgesehen?
- Was folgt, wenn das Ziel erreicht ist?

Diese Strategische Planung ist für den weiteren Erfolg, der vor allem von der Akzeptanz in der Bevölkerung abhängig ist, ein Schlüsselement.

Managementsystem zur Pandemiebekämpfung möglich

Für den Fall, dass ein Ziel erreicht wird, muss es vorher einen Plan geben, unter welchen Rahmenbedingungen z.B. Gastronomiebetriebe, Museen und Theater wieder öffnen dürfen. Im Rahmen des Teil-Lockdowns wurden diese Betriebe nach der Rasenmähermethode alle temporär geschlossen.

Doch „Schließen und Zahlen“ ist für den Staat dauerhaft keine Lösung. Die Betriebe und die Selbstständigen brauchen eine Perspektive. Für den Neustart müssen kontrollierbare Rahmenbedingungen mit standardisierten Vorgaben geschaffen werden. Realisieren lässt sich das z.B. mit einem ISO-standardisierten Managementsystem, ähnlich der ISO 45001 oder OHSAS 18001.

Auf der Basis des AHAL-Konzepts kann so ein Standard pragmatisch kurzfristig entwickelt werden, und Betriebe, die sich nach einem AHAL-Managementsystem zertifizieren lassen, dürfen öffnen und müssen das Zertifikat sichtbar aushängen. Prioritätskriterien und, sofern die Infektionsrisikolage es zulässt, temporäre Akzeptanz von Selbsterklärungen werden in der Anfangsphase erforderlich sein. Um Wirksamkeit zu entfalten, muss der Prozess durch konsequentes Ahnden von Verstößen mit empfindlichen Geldbußen bis hin zur erneuten Schließung des Betriebs begleitet werden.

Ende März 2020 wurde im Bundestag das erste Corona-Hilfspaket verabschiedet.

Die Rolle der Medien

Seit Monaten melden die Medien täglich falsche Neuinfektionszahlen. Der täglich als Neuinfektionen berichtete Zuwachswert des RKI beinhaltet Nachmeldungen, die sich über den gesamten Zeitraum seit März verteilen. Daraus kann keineswegs eine Aussage über die Neuinfektionen gegenüber dem Vortag abgeleitet werden. Der Bürger wird damit nicht korrekt über die tatsächliche Entwicklung der Pandemie informiert.

Verstärkt wird die Problematik durch eine Vielzahl von Talkshows in denen Teilnehmer zu Themen befragt werden, für die sie keine nachgewiesene Kompetenz haben und mit einer auf ihr Fachgebiet reduzierten teilweise ideologischen Sichtweise unausgewogene eindimensionale Meinungsbilder erzeugen, die der Komplexität des Themas nicht gerecht werden und dem Bürger ein Zerrbild der Wirklichkeit präsentieren.

Das Verhalten der Bürger ist jedoch ein Schlüsselerfolgsmoment im Rahmen der Pandemiebekämpfung. Die Medien tragen daher eine große Verantwortung als wesentliche Säule der Pandemiebekämpfung.

Seriöse Information und vor allem Motivation durch Hinweise auf erzielte Erfolge, die es nachweislich gibt, sollte in diesen Zeiten über quotenorientierte Effekthascherei gestellt werden.



Über den Autor: Wolf-Rüdiger Moritz ist Dipl.-Ing. Elektrotechnik und ehem. Luftwaffenoffizier. Von 1986 bis 1999 bekleidete er beim Bundesnachrichtendienst eine leitende Funktion im Bereich Fernmeldeaufklärung. Danach wechselte er in die Funktion des Konzernsicherheitschefs bei Infineon Technologies. Von 2001 bis 2004 war er Vorstandsvorsitzender der Guardeon Solution AG. 2005 übernahm er als Corporate Vice President die Leitung des Bereichs Business Continuity bei der Infineon Technologies. Schwerpunkte seiner Tätigkeit waren in dieser Zeit die Entwicklung und Implementierung von Notfallplänen und aktives Krisenmanagement. So entwickelte er u.a. 2009 Pandemiepläne gegen die Schweinegrippe und leitete 2011 den Konzernkrisenstab während der Nuklearkatastrophe von Fukushima.

Unter seiner Führung wurden bei der Infineon Technologies AG fünf Managementsysteme zum Schutz des Unternehmens gegen äußere Bedrohungen wie Cyberangriffe und Naturkatastrophen sowie zum Schutz der Mitarbeiter im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz und zur Einhaltung von Gesetzen beim Umweltmanagement entwickelt und implementiert. Bis 2019 bzw. 2020 war er Aufsichtsrat bei den Firmen Secunet AG und Cryptomathic Ltd. und Geschäftsführer der Infineon Technologies Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH. Seit August 2019 befindet sich Wolf-Rüdiger Moritz im Ruhestand und befasst sich auf privater Basis wissenschaftlich mit aktuellen Themen. Dieser Beitrag gibt die persönlichen Ansichten und Einschätzungen des Autors wieder und stellt keine Bewertung des Themas durch die NV-Redaktion dar.

In der Pandemiebewältigung spielen die Medien eine besonders wichtige Rolle.



Angst essen Umsicht auf

Warum die Notwendigkeit der Einrichtung eines Nationalen Deutschen Sicherheitsrats immer dringlicher wird

Von Christina Moritz

Der 360 Grad - Blick macht den Unterschied, zwischen bestmöglicher Strategischer Vorausschau und dem Fahren auf Sicht. Während Länder, Kreise und Städte die Bundeskanzlerin auf der Höhe der COVID-19-Notstandslage erneut unter Verweis auf ihre Katastrophenschutz-Zuständigkeit ausbremsen, haben sich Hackerangriffe auf kritische Infrastrukturen Deutschlands innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt. Betroffen sind vor allem Krankenhäuser und Energieversorger. Das ergibt sich aus einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage.

Als wäre die Unfähigkeit, sich auf bundesweit einheitliche Verhaltensvorgaben zu einigen nicht schon verheerend genug, drohen im Windschatten der Pandemie zentrale Bereiche staatlicher Sicherheitsvorsorge aus dem Sichtfeld zu geraten. Nur zur Erinnerung: Corona war und ist kein Hindernis für Terroristen, Anschläge zu verüben. Auch nicht im Jahr 2020. Wasser- oder Stromversorgung bleiben zu schützende Systeme. Ebenso hält die Bedrohung freiheitlich-demokratischer Wahlen und des Zusammenhalts ganzer Bündnissysteme durch Cyberbeeinflussung an. Hinzu kommen wieder aufflackernde Krisen mit Potential für bewaffnete Auseinandersetzungen.

Die Tatsache, dass die Pandemie-Bekämpfung die Welt in Atem hält und verständlicherweise derzeit den Hauptfokus staatlichen Handelns ausmacht, ändert nichts an der Notwendigkeit, die weiterhin komplexe Gefährdungslage institutionell durch ein zentrales Analyse-, Steuerungs- und Entscheidungsinstrument beherrschen zu können. Im Gegenteil: Corona wirkt wie ein Brandbeschleuniger, der die Defizite der deutschen Sicherheitsstrukturen einem Fanal gleich ausleuchtet.

Es kann nicht dem Robert-Koch-Institut oder einzelnen Virologen überlassen bleiben, den Umfang von Maßnahmen zu bestimmen, die in alle Bereiche der Bundesrepublik hineinwirken und langfristige Entwicklungen wesentlich beeinflussen. Gerät der Betrachtungswinkel außerdem zunehmend in eine ‚Corona über alles‘-Schieflage, entstehen offene Flanken. Was nützt es, wenn Zugführer, Busfahrer und Personal in Kraftwerken durch Teillockdowns vor COVID-19 geschützt werden, wenn Verkehrswege oder technische Anlagen selbst durch ein verringertes Maß an Aufmerksamkeit stärker gefährdet sind? Nicht durch Sprengvorrichtungen, sondern per Mausclick. Welches Quäntchen mehr an Notstandslage vermag Deutschland zu bewältigen, wenn größere Schadensereignisse zeitgleich zur aktuellen Krise hinzukämen?

Mehr als verdoppelt: Cyber-Angriffe auf kritische Infrastrukturen in Deutschland stellen eine stark wachsende Gefahr dar.

Diese Frage ist nur mit einem analytischen 24-Stunden-Rundumblick und einem Neuansatz im Denken lösbar, innerhalb der bisherigen Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik aber in jedem Fall schwer bis gar nicht operationalisierbar. Zwar hat die Bundesregierung mit wirtschaftlichen Hilfen oder Plänen für eine Nationale Gesundheitsreserve und Impfstrategie in Einzelschritten richtig reagiert. So begrüßenswert diese Anstrengungen sind, so dringend ist das Aufbrechen alter institutioneller Strukturen, um die zu einem stattlichen Bündel angewachsenen Bedrohungen in Zukunft besser bekämpfen zu können.

Verkehrschau auf einer Kreuzung in Kiel im Jahr 1971 – damals nicht aufgrund einer Cyber-Attacke, sondern wegen einer versehentlich durchtrennten Stromleitung. Moderne Szenarien könnten aufgrund der digitalen Vernetzung ungleich verheerender ausfallen.



Was wäre, wenn...?

Strategische Vorausschau als Instrument deutscher Sicherheitspolitik steckt noch in den Kinderschuhen. Ansätze zu mehr vernetztem Zusammenwirken der relevanten Akteure sind vorhanden, jedoch noch nicht weit genug gediehen. Jedenfalls nicht über die Ebene der Bundesministerien hinaus. Anders ließe sich das kräftezehrende Bund-Länder-Gerangel rund um notwendige Maßnahmen gegen COVID-19 kaum erklären. Zudem verfügt

Deutschland nicht einmal über einen Nationalen Sicherheitsrat, der die Planungs- und Handlungsfäden im Inland zusammenführen und nach außen als zentraler Ansprechpartner dienen könnte. Die eine Telefonnummer in Sicherheitsfragen, an die sich jeder – ob Experte oder Bürger – mit Informationen, Anregungen oder Lösungsvorschlägen – wenden kann, fehlt weiterhin.

Was wäre, wenn ein Wissenschaftler die Lösung für die Abfederung der gesamtgesellschaftlichen COVID-19-Folgen hätte? An wen könnte er sich wenden? Wer hätte den Überblick über alle nötigen Fakten und die Kompetenz, seine Konzepte umfänglich zu prüfen und gegebenenfalls zur Maxime staatlichen Handelns in Pandemiezeiten zu machen? Welches Ressort kann mit Fug und Recht behaupten, den Überblick über alle relevanten Informationen und Lösungsansätze zu haben? Wer hat Fach-Szenarien, soweit vorhanden, bisher überhaupt miteinander verbunden und aus der Synthese Handlungsempfehlungen für das gesamte Land abgeleitet? Sollen dies in Zukunft Universitäten oder Denkfabriken übernehmen, die ihrerseits ebenfalls immer nur über eine begrenzte Perspektive verfügen können? Wer vermag letztlich Daten- und Gedankenbahnen zu verknüpfen und in einheitliche Entscheidungs- und Handlungsvorgaben zu überführen? In der Gesamtschau bedeutet dies: Der noch zu optimierende Dreisprung besteht im Erkennen der wirklich relevanten Fakten, der Entscheidung, ob eine Gefährdung zu groß geworden und unbedingter Handlungsbedarf gegeben ist sowie dem Einleiten angemessener Maßnahmen – und zwar qua Empfehlung aus einer übergeordneten Perspektive.

Durch Naturkatastrophen, Kriege und ethnische Auseinandersetzungen verursachte Flüchtlingsströme bedrohen – teilweise gesteuert – die westliche Welt. In Deutschland fehlt bislang ein Gremium, das eine vorausschauende Einschätzung oder eine strategische Antwort bereithält.

Ressortegoismen und Kästchendenken gehören in die Mottenkiste, systemisches Denken ins tägliche Geschäft. Dazu ist eine grundlegende institutionelle Reform des Sicherheitssektors unumgänglich. Die Politik muss sich schleunigst dazu durchringen, neue Rahmenbedingungen hierfür konzeptionell zu initiieren und tatsächlich zu schaffen. Erst dann kann Vertrauen in die adäquate Handhabung neuer Sicherheitsrisiken entstehen. Die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates ist auch unter diesem Aspekt nötiger denn je. Dabei obliegt die Beschlussfassung über die hierzu erforderlichen gesetzlichen Regelungen weiterhin der gewählten Volksvertretung, dem Deutschen Bundestag – ebenso wie die Kontrolle der Wirksamkeit des neuen institutionellen Designs.



Am Anfang der Corona-Krise wurde die Anzahl der verfügbaren Intensivbetten kritisch beäugt. Heute weiß man, dass nicht nur die Anzahl der Betten, sondern insbesondere auch das verfügbare Personal über Tod oder Leben in einer Pandemie-Situation entscheiden kann.

Auf einen Nationalen Sicherheitsrat setzen heißt Umsicht walten lassen

Auf eine Institution wie den Nationalen Sicherheitsrat setzt mit Ausnahme Deutschlands die Mehrheit der Staaten weltweit. Österreich eingeschlossen. Dort stehen zentral angewiesene, einheitliche Lockdown-Regelungen keineswegs im Widerspruch zum Föderalismus-Prinzip. Denn der Bewältigung der pandemischen Krisenlage wird Vorrang eingeräumt, auch mit Blick auf die Einschränkung von Grundrechten. Dieses Vorbild sollte Befürwortern wie Gegnern verschärfter Anti-Corona-Maßnahmen zu denken geben. ‚Angst isst Umsicht auf‘ möchte man beiden zurufen. Den einen, die die vorhandene deutsche Notstandsgesetzgebung unverändert ungenutzt lassen, um die Krise effektiver angehen und schneller beenden zu können. Womöglich von der Befürchtung geleitet, der Widerstand gegen dieses äußerste Mittel könne trotz der Schwere der Gefährdung auf zu große Ablehnung stoßen. Den anderen, die gar die dauerhafte Erosion der Grundrechte als Schutzrechte des Bürgers gegen den Staat oder eine Auflösung der föderalistischen Verfasstheit argwöhnen, obgleich Notstandsregelungen stets zeitlich begrenzt sind. Umsicht statt Nahsicht, Seitenblick statt Tunnelblick sind das Gebot der Stunde. Die Blaupause für das hierzu geeignete institutionelle Mittel ist im NV bereits des Öfteren skizziert worden: ein Nationaler Sicherheitsrat, der mehr ist als die Summe seiner Teile. Nationaler Sicherheitsberater, Sekretariat und Ressort-Verbindungsbeamte im Bundeskanzleramt sowie eine externe, rund um die Uhr arbeitende Analyseeinheit, die das gesamte Spektrum ziviler und militärischer Expertise mit Umsicht und Weitblick verarbeiten kann, sind institutionell und funktional deutlich mehr als ein ‚aufgewerteter‘ Bundessicherheitsrat.

Mitwirkung der Bevölkerung ist zentraler Baustein der Sicherheitsvorsorge – jetzt und in Zukunft

Ein weiterer zentraler, bislang wenig genutzter Baustein der Sicherheitsvorsorge – jetzt und in Zukunft – ist die Mitwirkung der Bevölkerung. Dies beginnt mit der Information über die in jedem Haushalt sinnvollerweise bereitzuhaltenden Notfallreserven, dem präventiven Einüben des richtigen Verhaltens in krisenhaften Situationen und endet mit der Einbeziehung von Anregungen in die Handhabung des Krisengeschehens. Gegenwärtig tritt zutage, welche Folgen es hat, dass dieser Aspekt bislang unberücksichtigt geblieben ist. So hält sich beispielsweise das Vertrauen eines Teils der Deutschen in den in kürzester Zeit entwickelten Impfstoff gegen COVID-19 – gelinde gesagt – in Grenzen. Dies kommt während der Demonstrationen gegen die Anti-Corona-Maßnahmen immer wieder zum Ausdruck und resultiert aus dem bisherigen Kommunikationsmanagement während der Pandemie. Die Information über die Wirkweise des Impfstoffs ist zu allererst die Aufgabe der Politik, nicht der Medien, die dies mittlerweile zu einem Großteil übernommen haben. Nicht zuletzt darüber, dass der Virustyp bekannt ist und die Forschungen an einer Gegenwehr bereits seit Jahren betrieben werden. Die aktuelle Zusammensetzung basiert mithin auf einer deutlich längeren Prüf- und Vorbereitungszeit als gemeinhin angenommen und dargestellt. Solange dieser Zusammenhang – ebenso mögliche Risiken – nicht von zentraler Stelle erläutert werden, reagieren viele mit Angst und Unsicherheit. Andererseits hat sich die Bundesregierung richtigerweise eine ausreichende Menge an Impfdosen gleich mehrerer Hersteller gesichert und die Bundeswehr mit der Lagerung in Kasernen sowie der Unterstützung in Gesundheitsämtern und Impfzentren beauftragt. Letztere wird, das belegen Anfragen aus Städten und Kommunen, in der Bevölkerung ausgesprochen positiv wahrgenommen, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Krise stärken dürfte.

Wie auch immer das COVID-19-Virus in Umlauf kam – sei es versehentlich oder bewusst gesteuert – ein Deutschland, das sich nicht mehr auf den Rückhalt der eigenen Bevölkerung verlassen kann, wäre gelähmt, ja grundlegend destabilisiert. Denn Gefährder denken und handeln komplex. Dass hinter dem Anheizen einer angstbehafteten Stimmung Methodik steckt und der Plan systematische Destabilisierung heißt, kann deshalb nicht ausgeschlossen werden. In Kombination mit der Beeinträchtigung lebenswichtiger Infrastrukturen würde ein solcher Effekt dramatisch verstärkt.

Die Stärke einer Demokratie, wörtlich der Herrschaft des Volkes, ist es jedoch gerade, dass sie schädlichen Bestrebungen mit vereinter Kraft erfolgreich entgegenzuwirken vermag. Es bedarf keines Rückfalls in diktatorische Zeiten, womöglich aber im Notfall der Ausübung vorhandener Durchgriffsrechte des Staates. Zusätzlich legitimiert, wenn deren Anwendung auf zeitgemäßer, digital wie auch auf umfängliches Expertenwissen gestützter Analyse durch eine zentrale Sicherheitsinstitution basierte.

In Zukunft muss sich jeder Bundesbürger darauf verlassen können, dass dieses Gremium wohlüberlegt, auf der Grundlage täglichen Monitorings und eingehender, umfassend abgewogener Prüfung dem Bundeskanzler nur dann Maßnahmen empfiehlt, wenn diese dringend nötig sind. Ebenso wie die Bundesrepublik gegenwärtig nicht ohne funktionierende Intensivstationen sowie insgesamt nicht ohne eine leistungsfähige Energieinfrastruktur auskommen wird – damit schließt sich der Kreis zu der eingangs dargestellten Bedrohung durch Cyberattacken – kann sie auf Dauer auf eine solche übergeordnete Sicherheitsbehörde als zentrale Anlauf- und Steuerungsstelle sowie Impulsgeber nicht verzichten. Getragen von einem breiten Konsens muss diese schleunigst Realität werden. Erst dann kann es heißen ‚Umsicht vor Angst‘.



Über die Autorin:

Christina Moritz ist Politikwissenschaftlerin. Sie forscht und veröffentlicht seit Jahren zum Thema „Nationaler Deutscher Sicherheitsrat“, dessen Konzept sie maßgeblich ausgearbeitet hat. Der Beitrag gibt ihre persönlichen Ansichten und Einschätzungen wieder.

Bildbeschriftungen: Daniel Kromberg

Studie: Weihnachten 2020 wird anders, aber schön Wissenschaftler gibt Tipps für ein harmonisches Fest

Wie weihnachtet Deutschland in Coronazeiten? Die repräsentative Weihnachtsstudie der Universität der Bundeswehr München beleuchtet jährlich, wie sich die Bürgerinnen und Bürger auf die Feiertage vorbereiten. Neben Wünschen und Geschenken untersuchten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch explizit den Einfluss der Coronakrise. Mit erstaunlichen Ergebnissen: Weihnachten 2020 wird zwar zweifelsfrei „anders“, aber Deutschland zeigt sich optimistisch und geht davon aus, dass es trotzdem schön wird! Obwohl die meisten Deutschen die aktuellen Coronabeschränkungen befürworten, gehen viele Menschen schon jetzt davon aus, sich gegebenenfalls nicht daran halten zu wollen.

Am meisten vermissen die Deutschen Weihnachtsmärkte (72%), gefolgt von Restaurantbesuchen (54%), Wiedersehen mit Freunden (35%), Familienfeste (29%), Weihnachtsfeiern (29%), Urlaub (20%) und Gottesdienste (20%). Jungen Menschen fehlen soziale Aktivitäten stärker – gut einem Viertel von ihnen (26 %) fehlen zusätzlich Partys an Feiertagen.

Trotzdem sieht die jüngere Generation Weihnachten positiver als die Ältere: 51% von ihnen stimmen der Aussage zu, dass Weihnachten zwar anders, aber trotzdem schön, wird. Bei den über 55-jährigen sind es nur 39%. Weniger als ein Viertel (22%) aller Befragten sehen neue Kommunikationsmittel als Möglichkeit, mit den Menschen zu feiern, mit denen man ansonsten Weihnachten verbracht hätte. Die Hälfte der unter 26-jährigen und 45% der Personen ab 55 Jahren hoffen übrigens, dass wir an Weihnachten nicht alle hinter dem Smartphone verbringen werden.

Die Pandemie hat auch ihre guten Seiten an Weihnachten

28% der befragten Personen geben an, dass die Pandemie eine gute Ausrede für unliebsame Verpflichtungen sei. Ein Viertel gibt an, weniger Geld für Unnötiges auszugeben. 45% haben weniger „Vorweihnachtsstress“. 27 % glauben, dass es dieses Jahr weniger Streit an Weihnacht gibt.

Trotzdem sind 44% der Meinung, dass dieses Jahr weniger (versus 12% mehr) Weihnachtsstimmung aufkommt als die letzten Jahre. Dementsprechend erwarten 38 % der Befragten auch weniger vom diesjährigen Weihnachtsfest. „Niedrige Erwartungen, die Notwendigkeit für kreative Alternativen gepaart mit dem Optimismus vieler Menschen sind ideale Grundlage für ein schönes Weihnachtsfest“, so Prof. Philipp Rauschnabel, von der Professur für digitales Marketing und Medieninnovation. „Wenn wir Menschen zu ihren schönsten Erinnerungen an Weihnachten befragen, dann nennen sie uns meist sehr persönliche und emotionale Dinge. Zu den weniger schönen Dingen gehören Stress, Streit und überzogene Erwartungen. Kaum einer erinnert sich daran, wie toll der aufwändige Braten im Vorjahr geschmeckt hat, sondern vielmehr an Streits, die durch die Hektik entstanden sind.“

Das Corona-Paradox

Besorgniserregend sind allerdings die Werte in Bezug auf Corona-bedingte Verbote. Mehr als drei Viertel der Befragten (78%) befürworten die Regelungen zur Eindämmung der Pandemie, gleichzeitig gaben jedoch 42 % der Befragten an, sich gegebenenfalls darüber hinwegzusetzen. Die Schnittmenge beträgt rund 25%, die trotz Befürwortung der Verbote schon jetzt über die Missachtung nachdenken.

Die geltenden Corona-Regeln für Weihnachten gestatten ausnahmsweise das Treffen von mehr als 5 Personen aus dem engsten Familienkreis.





Weihnachtsmärkte wird es in Deutschland wohl erst 2021 wieder geben.

Die Bereitschaft, sich an Weihnachten über die Regeln hinwegzusetzen, ist besonders dann hoch, wenn Menschen diese für übertrieben hielten oder sich „sicher“ sind, dass nichts passieren kann. Diese Werte deuten aus Sicht von Prof. Rauschnabel auf eine noch viel höhere Gefahr hin. Zum einen neigen Menschen dazu, ihre Bewertung der Situation zu überschätzen. „Überdurchschnittlich viele Menschen glauben fälschlicherweise,

dass Sie eine Situation wie diese im Gegensatz zu anderen Menschen überdurchschnittlich gut einschätzen können – weshalb sie Verbote für andere Menschen gutheißen, sich selbst aber darüber hinwegsetzen“. Zum anderen ist es sehr wahrscheinlich, dass mehr Menschen die Regeln missachten, wenn sie bemerken, dass andere Menschen das auch machen.

Fünf Tipps für ein erfolgreiches Weihnachten 2020:

- Wer jetzt noch nicht in Weihnachtsstimmung ist, sollte schleunigst etwas daran ändern. Unser Tipp: Etwas Deko und Nostalgie! Weihnachts-LP und alte Geschichten erzählen statt Spotify und Netflix.
- Kaufen Sie den Weihnachtsbaum dieses Jahr etwas früher – die meisten Menschen planen, ihn am 20.12. zu kaufen. Ein paar Tage früher haben Sie noch mehr Auswahl und Sie kommen so vielleicht sogar noch schneller in Weihnachtsstimmung!
- Orientieren Sie sich an dem, was in Erinnerung bleibt! Überlegen Sie sich, an welche Details der letzten Weihnachten Sie sich erinnern können. War es das aufwändige Essen, Weihnachtskarten, teure Geschenke oder die penibel geputzte Wohnung? Oder waren es Spiele, Geschichten und gemeinsame Aktionen? Fokussieren Sie sich auf die Dinge, die in Erinnerung bleiben. Sie werden sehen: Weihnachten 2020 wird gar nicht so schwierig.
- Halten Sie sich an die Coronaregeln und erzählen Sie es anderen Menschen. Verbreiten Sie den Optimismus, dass Weihnachten auch ohne viel Besuch schön sein wird. Sie haben einen stärkeren Einfluss auf Ihre Freunde und Bekannte, als Politiker oder Medien.
- Versuchen Sie nicht, ein typisches Weihnachten zu imitieren – das wird nicht klappen. Reduzieren Sie Videokonferenzen auf ein Minimum. Wie wär's mit einem Spieleabend? Oder gemeinsam in alten Fotoalben stöbern? Statt aufwändigem Braten einfach ein Würstchen grillen und statt einer Riesenfamilienfeier im kleinen Kreise eine Nachtwanderung mit Fackeln machen, sofern möglich?



Stiller die Glocken nie klingen: Knapp 1/3 der Befragten glaubt an weniger Streit unter dem Weihnachtsbaum.

Die Weihnachtsstudie der Universität der Bundeswehr untersucht seit 2018 wie deutsche Bürgerinnen und Bürger Weihnachten feiern. Anfang Dezember wurden 1.137 Personen mittels Onlinefragebogen durch ein professionelles Marktforschungsunternehmen befragt. Die Erhebung wurde repräsentativ nach Alter, Geschlecht und Region quotiert.

Text: UniBw

Bildbeschreibungen: Daniel Kromberg

DBwV-Abteilung Luftwaffe tagt mit Kooperationsverbänden unter erschwerten Bedingungen

Ein Veranstaltungsbericht von Thomas Wassmann

Berlin. Gut ist, wenn man stark ist. Noch besser aufgestellt ist man allerdings in der Regel mit starken Partnern an seiner Seite. Der Deutsche Bundeswehrverband ist eine starke und durchsetzungsfähige Interessenvertretung, aber auch er gewinnt noch an Gewicht durch seine ebenfalls gut aufgestellten Partner. Deshalb hatte der Vorstand Luftwaffe, vom 07. – 08. Dezember eine Reihe von Kooperationspartnern des DBwV zu einem Informationsaustausch eingeladen.

Unter Einhaltung strenger Corona-Hygieneregeln, waren der Verband der Besatzungen strahlgetriebener Kampfflugzeuge (VBSK), das Forum Militärische Luftfahrt (FML) und die Bundesvereinigung fliegendes Personal der Polizei (BfPP) vor Ort anwesend. Diese Organisationen verfügen über wichtige Informationen und Fachkenntnisse aus ihren jeweiligen Bereichen.

Zunächst brachte der Vorsitzende des Bereichs Luftwaffe, Hauptmann Michael Scholz, die Gäste über die luftwaffenspezifischen Themen auf den aktuellen Stand. Dazu gehören etwa die Reachback-Problematik, also die Gefahr für Drohnenpiloten, durch ihre Tätigkeit auch außerhalb des Einsatzgebietes an PTBS zu erkranken, oder die Einführung neuer Waffensysteme in die Luftwaffe.

So bereitet aktuell die Nachfolge für den CH-53 als schweren Transporthubschrauber große Sorgen. Die Beschaffung eines dringend benötigten neuen Modells – im Bieterverfahren standen die CH-53K (Sikorsky), und die CH-47F (Boeing) – wurde im September vorerst gestoppt und verschoben. Zudem wurde über das geplante Taktische Luftverteidigungssystem (TLVS) und über bewaffnete Drohnen gesprochen, wo die Bundeswehr auf baldige Beschaffungsentscheidungen hofft. Scholz berichtete auch über Fragen der Personallage und Problematiken der Rückversetzungen aus dem Ausland. Dieser Überblick zeigt die Vielfalt der Themen, mit denen sich der Bundeswehrverband beschäftigt.



Hauptmann Michael Scholz berichtete von Themen, die den Bereich Luftwaffe im DBwV zurzeit umtreiben.

Anschließend übernahm Oberstleutnant i.G. Dr. Detlef Buch das Wort. Der Vorsitzende des Fachbereichs Besoldung, Haushalt und Laufbahnrecht im DBwV-Bundesvorstand legte den Schwerpunkt auf die derzeitige Situation im Besoldungssystem der Bundeswehr. Dabei skizzierte er



Oberstleutnant i.G. Dr. Detlef Buch: Zulagen-Dschungel, Tätigkeitsvielfalt und Seiteneinstieg als Zankäpfel der Besoldung.

mögliche Lösungen, um z. B. das Abstandsgebot zwischen Mannschaften und Unteroffizieren wiederherzustellen oder die Besoldung von hoch qualifizierten Unteroffizieren wie auch speziellen Seiteneinsteigern zukünftig anders, nämlich qualifikationsorientiert, zu gestalten. Somit würde für einen hochqualifizierten Unteroffizier im Dienstgrad Stabsfeldwebel keine Deckelung mehr bei A 9 bestehen und Verdienstmöglichkeiten darüber hinaus möglich werden.

Im Anschluss berichtete Major d.R. Christian Sieh, der Justitiar des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, mit einem Schwerpunkt auf die Dienstverhältnisse. Hier beschrieb er das Problem, dass in der Bundeswehr der Bedarf an längeren Dienstverhältnissen steigt, aber es kein angepasstes Versorgungsmodell gibt. Weitere Problemfelder sieht der Justitiar in der schleichenden Überalterung der Streitkräfte, was zu einer sinkenden personellen Einsatzbereitschaft und zu einer zunehmenden „Kopflastigkeit“ führt. Ebenso beklagte Sieh eine sinkende Attraktivität „grüner“ Verwendungen und eine damit verbundene „Flucht in die Ämter“.



Zum Abschluss des ersten Tages stellte Fritz von Korff die Arbeit der von ihm geführten Abteilung Politik vor und schilderte, wie der DBwV seine Forderungen in die Politik einbringt.

Der zweite Tag der Veranstaltung gehörte den Kooperationspartnern, die von ihren aktuellen Schwerpunkten und Problemfeldern berichteten. So hat die BfPP eine Studie zum Schwingungsverhalten des Hubschraubers H145 in Auftrag gegeben – bei der Polizei sei das ein großes Thema, sagte Uwe Kraus, der stellvertretende Bundesvorsitzende der BfPP. Zumindest etwas Abhilfe würde eine Umrüstung von vier auf fünf Rotorblättern des Drehflüglers bringen. Zur Erinnerung: Auch bei der Luftwaffe ist der H145 im Einsatz.

Der Bundesvorsitzende des VBSK, Thomas Wassmann, schilderte die aktuellen Probleme im Bereich der Besatzungen der überalterten Tornadoflotte und des inzwischen auch in die Jahre gekommenen Eurofighter. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung am 5. November 5,5 Milliarden Euro für die Beschaffung 38 neuer Flugzeuge freigegeben, um die sogenannte Tranche 1 zu ersetzen. Leider hat man dabei versäumt, die aus den 80er Jahren stammende Technik auf den neusten Stand zu bringen – abgesehen von einem modernen Radarsystem hat sich nichts Wesentliches verändert.

Damit verbunden ist unter anderem die nicht enden wollende Diskussion über Nachfolgemodelle für die Einsatzrollen Tornado in den Bereichen Aufklärung (Recce), Electronic Combat Reconnaissance (ECR) und nicht zuletzt die atomare Teilhabe, bei der sich insbesondere die mitregierende SPD mit ihrer „neuen“ Führung inklusive des Fraktionsvorsitzenden schwertut.



Der Autor Thomas Wassmann ist ehemaliger Waffensystemoffizier auf F-4F „Phantom“ und Bundesvorsitzender des VBSK.

Gleiches gilt im Bereich der Beschaffung und Bewaffnung von modernen Drohnen, die teilweise auch von Mitgliedern des VBSK geflogen werden. Qualitätsprobleme bei den Bewerbern für den fliegerischen Dienst im Allgemeinen und im Bereich der Kampffjetbesatzungen im Speziellen sowie mangelnde Attraktivität (Stichworte: Vertrauen und Verlässlichkeit) der Laufbahn BO45 (früher BO41), also Berufsoffizier bei der Luftwaffe mit der besonderen Altersgrenze 45, rundeten den Bericht ebenso ab wie die immer noch zu geringen Flugstunden und Probleme bei der Ausrüstung – als Beispiel seien etwa minderwertige Fliegerkombis genannt.

Fotos: DBwV/Mika Schmidt

Mitgliederversammlung des Forums der Militärischen Luftfahrt (FML) unter schwierigen Rahmenbedingungen durchgeführt

Ein persönlicher Beitrag des alten und neuen Präsidenten, Andreas Hubert

*Sehr geehrte Mitglieder und Freunde
des Forums der Militärischen Luftfahrt,*



trotz oder gerade wegen der derzeitigen Corona-Krise war es wichtig, Strategien, Mittel und Wege zu identifizieren, um die Forumsarbeit erfolgreich ins kommende Jahr und die anstehende Legislatur zu führen.

Das zurückliegende Jahr stellte auch das FML vor eine besondere Herausforderung. Wichtige Informationsveranstaltungen fielen den pandemiebedingten Maßnahmen zum Opfer und wichen Einzelevents; Problemstellungen wurden in mühsamer Kleinarbeit identifiziert und begleitet. Erinnert sei hier an die „Agenda Attraktivität Fliegerischer Dienst“, die Personalentwicklung in der militärischen Flugsicherung, die weiterhin (!) politisch ungeklärte Frage zur Tornado-Nachfolgeentscheidung und nicht zuletzt die Wahrheit und Klarheit in der Nutzung bewaffneter (?) Drohnen sowie jede Menge soziale Begleitererscheinungen. Zu diesen Themen hatten wir im Newsletter Verteidigung, unter www.FML-online.org und andernorts berichtet.

All dies hat sich der neue Vorstand des FML

Andreas Hubert (Präsident),
Sebastian Schmöller (Vizepräsident),
Kathleen Lehmann-Buch (Schatzmeisterin),
Christoph Langbehn (Fachvertreter LFB) und
Markus Vogt (Justiziar)

auch für die anstehende Legislatur gerne ins Lastenheft schreiben lassen. Der neue Vorstand hat seine Arbeit bereits mit Akribie und Engagement aufgenommen und wird hierbei, wie auch in den zurückliegenden Jahren, durch ein stark besetztes Präsidium [<https://fml-online.org/index.php/home/vorstand-und-praesidium.html>] unterstützt.



Handschlag zum Dank erlaubt: Aufgrund vorangegangener negativer Corona-Tests konnte Präsident Andreas Hubert (r.) den langjährigen Kassenwart Werner Bartsch wie vor der Krise aus dem Amt verabschieden.



Beim Blick nach vorne darf natürlich auch der Blick zurück nicht fehlen! Der alte und neue Präsident dankt allen Mitstreitern der zurückliegenden Jahre für ihre kompromisslose Unterstützung. „Das FML ist längst mehr als die Summe seiner Einzelteile und dank seiner Mitglieder und Akteure zu einem respektierten Player im militärischen und politischen Raum erwachsen.“ Einen besonderen Dank adressierte der Präsident an das Engagement von Hauptmann a. D. Werner Bartsch. Für seine Verdienste um den mittlerweile in das FML überführten Bundesverband der Militärischen Flugsicherung Deutschlands e. V. sowie sein fortgesetztes Engagement als Schatzmeister des FML, bei welchem Werner Bartsch die finanziellen Geschicke des FML zuverlässig und vor allem gut situiert in die Zukunft führte, wurde Werner Bartsch zum Ehrenmitglied des Forums der Militärischen Luftfahrt ernannt. Bei aller Kontinuität ist auch im FML nichts so stetig wie der Wandel. Diesem Grundsatz folgend freut sich das FML, mit Kathleen Lehmann-Buch eine hervorragende Nachfolgerin gefunden zu haben, die sich fortan neben der Mitgliederverwaltung künftig im Vorstand des FML auch um dessen finanzielle Belange kümmern wird.

Das FML wünscht Ihnen/Euch allen trotz Corona und Lockdown eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Start in das Jahr 2021.

Bleiben Sie alle gesund und hoffentlich auch fröhlich.

Fotos: FML

Anzeige

Einmal mit Profis arbeiten...

Strategische Mediaplanung
mit Full-Service-Anspruch

www.kromberg-partner.de

Kromberg & Partner GmbH & Co. KG • Tel.: +49 6421 18329-00 • info@kromberg-partner.de



KROMBERG & PARTNER
INDUSTRY ADVERTISING

Baubeginn des NH90-Trainingszentrums in Nordholz

Im Auftrag der NATO Support and Procurement Agency (NSPA) hat die CAE GmbH mit dem Bau eines Ausbildungszentrums für die fliegenden Besatzungen des neuen Marinehubschraubers NH90 Sea Lion begonnen. Am 10. Dezember 2020 erfolgte der erste Spatenstich für das Gebäude, das nur unweit des Marinefliegerstützpunkts Nordholz entsteht. Es wird nach seiner Fertigstellung Anfang 2022 und der daran anschließenden Hardware-Implementierung die fünf, teilweise miteinander vernetzten Sea Lion-Simulatoren beherbergen und speziell auf die Trainingsbedürfnisse der Deutschen Marine zugeschnitten sein. Bau und Betrieb des Trainingszentrums inklusive der Herstellung der darin befindlichen Simulatoren und deren Wartung werden gesamtheitlich durch die CAE GmbH verantwortet.

Der Kommandeur der Marineflieger, Kapitän zur See Thorsten Bobzin, zeigte sich über den Baubeginn erfreut. Für ihn stehe die zügige Umsetzung des Vorhabens im Vordergrund. „Das neue Simulatorgebäude trägt maßgeblich dazu bei, die dringend benötigten Ausbildungsgeräte zeitnah bereitzustellen.“ Die jetzt für 2022 geplante Fertigstellung sei nur durch einen Bau außerhalb der Kaserne möglich. Das Projekt habe daher Vorbildcharakter für die fristgerechte Umsetzung zahlreicher weiterer Bauvorhaben der Marine.

„Wir freuen uns, dass wir hier in Nordholz einen weiteren wichtigen Beitrag für die Einsatzbereitschaft der Deutschen Marine leisten können“, sagte Niels Kröning, Geschäftsführer der CAE GmbH, anlässlich des Baubeginns. Der Auftrag untermaure die fast 60-jährige, enge Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. „Als zuverlässiger Partner der Deutschen Marine liefern wir die komplette Trainingslösung für den NH90 Sea Lion aus einer Hand. Wir sind stolz, dass wir unsere langjährige Erfahrung aus zahlreichen internationalen NH90-Programmen bald auch hier in Nordholz einbringen können“, so Kröning.

Die CAE hatte bereits im November 2019 einen Vertrag zur Lieferung der Simulator-Landschaft für die Besatzungsausbildung des NH90 Sea Lion mit der NSPA im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland geschlossen. Im Rahmen dieses Vertrages wird CAE eine Reihe von NH90 Sea Lion-Trainingssimulatoren für die Deutsche Marine entwickeln und herstellen, darunter einen Operational Flight Trainer (OFT) für das Training von Piloten und Co-Piloten, der die höchste Qualifikation für Flugsimulatoren erfüllt, zwei

Operational Tactics Trainer, jeweils einen für den taktischen Koordinator (TACCO) und für die Besatzung im hinteren Teil des Luftfahrzeugs – diese sind mit dem OFT vernetzt –, sowie einen Cockpit Procedure Trainer für das gezielte Üben einzelner Verfahren.

Neben den NH90-Simulatoren unterstützt CAE die Ausbildung der Marineflieger durch die Bereitstellung von Trainingsmitteln für den SAR-Hubschrauber Mk41 Sea King, den Seefernaufklärer P-3C Orion und den Bordhubschrauber Mk88A Sea Lynx, der in absehbarer Zeit durch den Sea Tiger – ebenfalls ein NH90-Derivat – ersetzt wird.

Text: CAE

(v.r.n.l.): Der Kommandeur der Marineflieger, Kapitän zur See Thorsten Bobzin, der Geschäftsführer der CAE GmbH Niels Kröning und der Bürgermeister der Samtgemeinde Wurster Nordseeküste Marcus Itjen beim gemeinsamen Spatenstich



Spezialkräfte erhalten neuen Gefechtshelm

Das Unternehmen Rheinmetall und sein strategischer Partner, der nordamerikanische Helmhersteller Galvion, sind von der Bundeswehr mit der Lieferung eines modernen Gefechtshelmes beauftragt worden. Der im November 2020 erteilte Rahmenvertrag sieht die Lieferung von bis zu 20.000 Stück des Modells Gefechtshelm Spezialkräfte schwer vor.

Ein erster Abruf von 5.000 Helmen erfolgte bereits im November 2020. Die Auslieferung wurde über Rheinmetall Soldier Electronics in Stockach abgewickelt, die als Spezialist für Laser-Licht-Module bestens in der Branche für Soldatenausstattung vernetzt sind. Der Rahmenvertrag läuft bis 2025 und beinhaltet die optionale Verlängerung um weitere zwei Jahre. Daher liegt der potentielle Gesamtauftragswert im niedrigen zweistelligen Millionen-Euro-Bereich.

Die neuen Gefechtshelme bieten verbesserten Schutz und hohen Tragekomfort – insbesondere mit pegelabhängigem Gehörschutz und Nachtsichtgeräten. Damit steigern sie erheblich die Kampfkraft des infanteristisch kämpfenden Soldaten. Die Helme sind unter anderem für die Spezial- und spezialisierten Kräfte mit Erweiterter Grundbefähigung für Spezialoperationen (EGB-Kräfte) vorgesehen. Auch ein Einsatz bei der NATO-Speerspitze VJTF 2023 ist angedacht.

Mit dem jetzt geschlossenen Rahmenvertrag positioniert sich Rheinmetall strategisch für weitere mögliche Großaufträge im Bereich des taktischen Kopfschutzes.

Text und Bild: Rheinmetall



IMPRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichtet – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne
des Presserechts:**
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de

